

stumpfsinnige Ausfüllen von Befehlen und Anordnungen aus, wie wir es gehabt haben. Auf positive Verbesserung gerichtete Kritik und selbständiges Denken allein garantieren den Erfolg unserer Arbeit. Wir halten es daher für nützlich, wenn die nach § 20 Ziff. 9 zu gebenden Berichte auch der Provisorischen Volkskammer oder zum mindesten ihrem Wirtschaftsausschuß zugeleitet werden, um auch hier Mitarbeit und Unterstützung auszulösen.

Lassen Sie mich abschließend noch einmal sagen, daß die Fraktion der Liberal-Demokratischen Partei dem Wirtschaftsplan und den Ausführungen des Ministers Rau zustimmt und zustimmend von ihnen Kenntnis genommen hat, daß sie bereit ist, mitzuarbeiten und für die Realisierung zusammen mit ihrer Partei alle verfügbaren Kräfte zu mobilisieren. Wir sind uns darüber klar, daß die neue Zeit von uns neue Wege und Erkenntnisse fordert. Aber wir glauben daran: es geht vorwärts und damit aufwärts, und wir werden leben; denn wir wollen leben.

(Lebhafter Beifall)

Präsident Dieckmann:

Bevor ich dem nächsten Redner, Herrn Abgeordneten Rohner, das Wort gebe, bitte ich das Haus, von folgender Mitteilung Kenntnis zu nehmen. Von seiten des Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses wird darauf hingewiesen, daß auf Wunsch der Mitglieder dieses Ausschusses die für den 19. dieses Monats, morgens 10 Uhr, angesetzte Sitzung bereits um 9 Uhr im Hause des ehemaligen Deutschen Volksrats, Zimmer 3001, stattfindet. Ich bitte die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, die im Hause sind, auch den anderen Mitgliedern davon Kenntnis zu geben.

Weiter bitte ich das Haus, davon Kenntnis nehmen zu wollen, daß die Arbeitsgemeinschaft des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands an Stelle der Frau Abgeordnetein Frau Dr. Starck-Wintersig als Mitglied des Haushalts- und Finanzausschusses Frau Abgeordnete Maria Rentmeister benannt hat.

Nummehr hat Herr Abgeordneter Rohner das Wort.

Abg. Rohner (CDU):

Meine Damen und Herren! Die Verabschiedung des Wirtschaftsplanes durch das Plenum der Provisorischen Volkskammer bedeutet einen entscheidenden neuen Abschnitt in der deutschen Geschichte. Mit diesem Vorgang wird für die Zukunft die Wirtschaftsplanung und -lenkung ebenso der souveränen Entscheidung des Parlaments unterstellt, wie es schon seit Jahrzehnten für die Finanzgebarung des Staates der Fall ist.

Der Wirtschaftsplan ist ein Gesetz, i. h. jeder Staatsbürger ist zur Erfüllung und Beachtung angehalten und verpflichtet. Er muß seine Funktion im Plan mit der gleichen Gewissenhaftigkeit erfüllen, wie er seine Steuern bezahlen muß, und man wird gerade in bezug auf den Plan mit der laxen Moral Schluß machen müssen, wie sie vielfach noch auf dem Gebiete des Steuerrechts zu finden ist, daß die Steuerhinterziehung ein Kavaliervergehen ist. Gott sei Dank ist diese Ansicht seit langer Zeit nicht mehr aktuell, da die intensive Beaufsichtigung und genauen Prüfungen diese Auffassung zwangsläufig ausgeschaltet haben. Die Verletzung des Planes, die Verweigerung der aktiven Mit Hilfe, das Fernbleiben von der in der Verfassung vorgesehenen öffentlichen Kontrolle hinsichtlich der Erfüllung des Planes sind ein schwerer Vorstoß gegen die demokratischen Verpflichtungen.

Der Plan hat über seine wirtschaftliche Bedeutung hinaus aber eine eminent politische Bedeutung. Der Plan zeigt, daß alle unsere wirtschaftlichen Anstrengungen durchaus darauf gerichtet sind, einen friedlichen Aufbau aus eigener Kraft durchzuführen, uns die Mög-

lichkeit zu verschaffen, gewissenhaft unsere Reparationsverpflichtungen zu erfüllen und damit einen Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung zu leisten. Das Ausmaß der getreuen Erfüllung des Planes, der aktiven Mitwirkung an seiner Erfüllung ist ein Gradmesser für die Friedfertigkeit des deutschen Volkes. Wer den Plan ab lehnt, feindselig oder gar im aktiven Widerstand ihm gegenübersteht, ist ein Feind des Friedens.

Der Plan ist ferner ein Symptom einer entschlossenen Weiterentwicklung unserer Wirtschaft nicht nur im Sinne der Friedenswirtschaft, sondern auch im Sinne der sozialen Gerechtigkeit. Die Christlich-Demokratische Union bekennt sich nicht nur im Grundsatz, sondern auch unter dem Gesichtspunkt aktiver Mitwirkung zu dem Plan, weil er unseren Auffassungen von der Notwendigkeit der Entwicklung einer sozialen Gesellschaftsordnung entspricht, wie wir sie aus christlicher Verantwortung bejahen und wie wir uns zu ihr auf unserem Leipziger Parteitag bekannt haben.

Damit begrüßen wir auch die Erklärung des Herrn Ministers Rau, daß der privaten Wirtschaft gerade im Rahmen des Wirtschaftsplanes nicht nur ein bescheidener, sondern ein maßgeblicher Anteil eingeräumt und die volle Planerfüllung nicht zuletzt auch von der aktiven Mitwirkung des privaten Eigentums und des privaten Unternehmers abhängig ist. Gerade diese Erklärungen sind ein wesentlicher Beweis dafür, daß in unserem gegenwärtigen ökonomischen Entwicklungsstadium die volkseigene und die private Wirtschaft nicht auf dem Boden feindseliger Konkurrenz, sondern auf der Basis eines echten Wettstreites im Sinne der Erfüllung und Übererfüllung des Planes nebeneinander bestehen sollen und bestehen können.

An diesen Maßstäben wird die Christlich-Demokratische Union den Grad demokratischer Mitarbeit und Pflichterfüllung bei jedem einzelnen messen und nicht zuletzt auch bei ihren eigenen Mitgliedern. Unsere Haltung ist aus der christlichen Verantwortung für die Sicherung des Friedens und der sozialen Gerechtigkeit und Pflicht zu sozialem Fortschritt bestimmt. Es vermag sich keiner auf christliche und demokratische Grundsätze zu berufen, der nicht bereit ist, seinem Volk und der Republik gegenüber im wirtschaftlichen Bereich auf der Grundlage des Systems der geplanten und gelenkten Wirtschaft seine Pflicht zu erfüllen. Wir wissen, daß hierüber die Ansichten im Bereich der Christlich-Demokratischen Union noch nicht zu abschließender Klärung gekommen sind. Das gilt in begrenztem Umfang für die Christlich-Demokratische Union im Bereich der Republik. Hier ist es aber nur ein Problem für die kurze Frist abschließender Aufklärung und Überzeugung. Das gilt mehr für den großen Raum der Christlich-Demokratischen Union in West- und Süddeutschland. Wie im Bereich jeder weitgespannten weltanschaulichen, politischen Gemeinschaft immer wieder ein ideologisches Ringen um Klärung und Weiterentwicklung vor sich geht, so auch im Bereich der Christlich-Demokratischen Union, und wenn wir uns auch auf der Grundlage des gemeinsamen christlichen Bekenntnisses mit jedem verbunden fühlen, der das Merkmal der christlichen Taufe trägt, so schließt dies nicht die Entschlossenheit unseres Willens aus, diejenigen von der Richtigkeit und Notwendigkeit unserer christlichen Deutung in der gegenwärtigen historischen Stunde der Völker zu überzeugen, die heute noch in monopolkapitalistischen Entartungen befangen sind. Wir sind ebenso entschlossen, wenn sie beharrlich an diesen Auffassungen festhalten und sich damit an der Stabilisierung des Friedens und der Sicherung des Fortschritts versündigen, ihnen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzuwirken.

Wir sehen hierin keine Frontstellung zwischen Ost und West, sondern wir wissen allzu genau, daß die führenden Kräfte, die heute in Bonn glauben, gesamt-